



## Festung Europa?

### Erklärung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Verbrecherische imperialistische Verteilungskriege sowie die rücksichtslose Ausbeutung und Verwertung von Naturressourcen als Folge kolonialen Erbes und nunmehr neokolonialer Ausplünderung führen gegenwärtig in vielen Ländern zu lebensbedrohlichen Situationen und sozialer Not verbunden mit massiven Verletzungen der Menschenrechte. Schmerzliche Hoffnungslosigkeit treibt Menschen dieser Länder auf der verzweifelten Suche nach einer Überlebenschance in die Flucht aus ihrer Heimat; zu einer Flucht mit völlig ungewissem Ausgang, die kein Mensch freiwillig auf sich nimmt!

Nichts deutet darauf hin, dass die Regierungen der Länder der Europäischen Union bereit sind, in ihren Ländern und darüber hinaus in der EU als Ganzes eine Flüchtlingspolitik zu entwickeln, die auf die Beseitigung der wahren Ursachen heutiger und möglicher zukünftiger Migrationsströme und die Einhaltung der Menschenrechte in diesem Zusammenhang gerichtet ist – von einer unbürokratischen, menschenwürdigen Aufnahme und Eingliederung in die Gesellschaften der Länder bis hin zu komplexen sozialen Entwicklungsprogrammen in den Herkunftsländern, mit denen Ökonomie und soziale Bedingungen nachhaltig entwickelt werden und eine nicht an Profiten orientierte Partizipation der Bevölkerung an den Naturreichtümern ihrer Länder gewährleistet wird.

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde verurteilt jede Form ausländerfeindlicher Gewaltanwendung und rassistischer Hetze gegen Menschen, die in der Bundesrepublik Zuflucht und Schutz vor Verfolgung, Krieg und Not in ihrem Heimatland suchen. Sie wendet sich gegen jeden Versuch, das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl weiter zu verschärfen bzw. verfassungswidrig zu modifizieren. Es ist ein Skandal, dass staatliche und kommunale Einrichtungen sich außer Stande sehen, den Flüchtlingen ein Mindestmaß an humanitären Leistungen zu gewährleisten. Es mangelt an grundsätzlichen Hilfen wie die Grundversorgung mit Lebensmitteln, medizinischer Erstversorgung, eine menschenwürdige Unterbringung – dass oft nicht einmal Trinkwasser bereitgestellt wird, ist für normal denkende und empfindende Menschen unbegreiflich.

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde erwartet von der Bundesregierung, dass sie das politische und ökonomische Potenzial Deutschlands für eine Migrationspolitik in der BRD selbst und in Europa einsetzt, die den Forderungen der Deklaration der Menschenrechte, wie sie von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1948 verabschiedet wurde, entspricht! Das verlangt, die Rechtsverhältnisse mit den international anerkannten Forderungen dieser Deklaration in Übereinstimmung zu bringen. Erst dann wird ein menschenwürdiger Umgang mit Flüchtlingen auf geltenden gesetzlichen Grundlagen tatsächlich möglich.

Berlin, 25. August 2015